

ACA Bayern

Nachbesserungen bei geplanter Krankenhausreform

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) Bayern befürwortet die Krankenhausreform – aber finanziert von allen und nicht nur auf dem Rücken der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Mit diesem Statement geht die Landesvorsitzende, Angelika Görmiller, für die christlichen Selbstverwalter nun an die Öffentlichkeit.

Mit dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der stationären Versorgung beabsichtigt die Bundesregierung eine tiefgreifende Reform der Kliniklandschaft. Zur Umsetzung ist ein Transformationsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro geplant. Dies begrüßt die ACA Bayern, so Görmiller, die aus einem Beschluss des Landesausschusses der ACA Bayern zitiert. „Das zweit teuerste Gesundheitssystem der Welt muss eine finanzierbare und hochwertige Versorgung der Bevölkerung auch in Zukunft sicherstellen“.

Keine Finanzierung zu Lasten der Versicherten

„Mit dem geplanten Krankenhausversorgungs-Verbesserungsgesetz strebt Bundesgesundheitsminister Lauterbach eine weitgehende Neuordnung der stationären Versorgung

an“, ergänzt Ewald Kommer, der in der Bayerischen ACA sich im Rahmen seiner Verwaltungsrats Tätigkeit in einer bayerischen Krankenkasse mit der Krankenhausstrukturreform ausführlich befasst hat. „Im Kern gehöre dazu eine Bündelung von Kapazitäten, die zu einer Spezialisierung führe. Zugleich müssen künftig kleinere Krankenhäuser in der Fläche die medizinische Grundversorgung von Patientinnen und Patienten absichern.“

Die bevölkerungs- und bedarfsgerechte Verbesserung der Versorgungssituation von Patientinnen und Patienten, er-

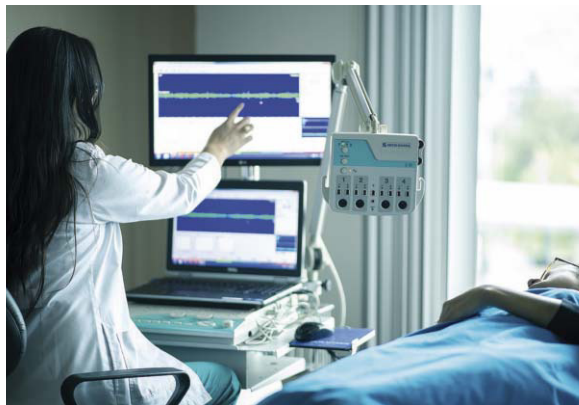


Bild: fernando zhiminaicela auf Pixabay.com

gänzt Kommer, muss das Ziel qualitativer und zukunftssicherer Klinikstrukturen sein.

Kritisch sieht der Vorstand der ACA Bayern die Finanzierung der geplanten Reform zu Lasten der gesetzlich Versicherten. Denn zur Finanzie-

rung der Reform soll ein Transformationsfonds mit einem Volumen von 50 Milliarden Euro eingerichtet werden. Gespeist werden soll er hälftig aus Mitteln der Bundesländer und der gesetzlichen Krankenversicherung.

Gewinne werden privatisiert, Kosten trägt die Versichertengemeinschaft

„Aus Sicht der ACA Bayern muss der Bund neben den Bundesländern endlich seine Verpflichtung wahrnehmen und einen Großteil der Kosten übernehmen“, fordert ACA Landesgeschäftsführer Markus Grill von der Bundesregierung ein. „Der Umbau des Krankenhaussystems ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist nicht nachvollziehbar, dass nur die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung mit insgesamt 25 Milliarden Euro zusätzlich belastet werden sollen, Beamte und Privatversicherte aber außen vor bleiben. Es muss ein

Ende damit haben, dass Kosten auf die Versichertengemeinschaft abgeladen werden, während Gewinne privatisiert werden. Gesundheit ist in Gänze öffentliche Daseinsvorsorge!“ so Grill.

ACA Bayern